► Finanzierung

Kein Nutzungersatz bei Widerruf eines Fernabsatz-Darlehens

| Ein Darlehensnehmer (Verbraucher) kann nach dem Widerruf eines im Fernabsatz geschlossenen Darlehensvertrags keinen Nutzungersatz auf die Zinsen, die er bis zum Widerruf gezahlt hatte, verlangen. Er kann nur die Erstattung der gezahlten Tilgungs- und Zinsbeträge verlangen. Dies hat der EuGH in einem Fall entschieden, in dem ein Verbraucher im Fernabsatz mit der DSL-Bank 2005 zwei Darlehensverträge zur Finanzierung zweier Eigentumswohnungen geschlossen hatte. 2015 hatte er gegenüber der DSL-Bank den Widerruf dieser Verträge erklärt. |

Die EU-Richtlinie bewirkt nach Ansicht des EuGH zwar grundsätzlich eine Vollharmonisierung der von ihr geregelten Aspekte. Sie sehe aber nicht vor, dass der Anbieter im Fall des Widerrufs durch den Verbraucher auch verpflichtet wäre, über die Erstattung der vom Verbraucher gezahlten Tilgungs- und Zinsbeträge hinaus Nutzungersatz zu leisten auf die Zinsen, die der Verbraucher bis zum Widerruf gezahlt hatte (EuGH, Urteil vom 04.06.2020, Rs. C-301/18, Abruf-Nr. 216063). Konkret geht es um die Richtlinie 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.09.2002 über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher und zur Änderung der Richtlinie 90/619/EWG des Rates und der Richtlinien 97/7/EG und 98/27/EG.

► Sozialversicherungspflicht

Detektive sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt

| Detektive, die von einer Detektei nach Stunden bezahlt sowie in deren Namen tätig werden und kein Unternehmerrisiko tragen, sind sozialversicherungspflichtig. Zu diesem Schluss ist das LSG Hessen in einem Fall gelangt, in dem eine Detektei Supermärkte überwacht hatte. |

Der Inhaber der Detektei hatte argumentiert, die Detektive seien selbstständig tätig gewesen. Er habe die Aufträge, die er nicht selbst übernehmen können, nur an diese durchgereicht. Für die Supermärkte sei es wesentlich einfacher, wenn sie nur einen Ansprechpartner hätten.

Das sah das LSG wie auch die Vorinstanz anders (LSG Hessen, Urteil vom 06.04.2020, Az. L 1 BA 27/18, Abruf-Nr. 215583):

- Die Detektive seien in den Betrieb der Detektei eingegliedert und unterlägen den Weisungen des Inhabers.
- Sie trügen kein Unternehmerrisiko, weil sie keine eigenen Betriebsmittel oder Betriebsräume hätten.
- Auch seien sie im Namen der Detektei aufgetreten und von dieser nach festen Stundensätzen bezahlt worden.
- Zudem habe der Inhaber der Detektei die Aufträge keineswegs nur an die Detektive durchgereicht. Vielmehr habe er dem Supermarkt gegenüber 15,50 Euro pro Stunde abgerechnet, den Detektiven aber nur zwischen 8,00 Euro und 11,50 Euro pro Stunde bezahlt.

Widerrufer erhält
Tilgungs- und
Zinsbeträge erstattet

Gesamtbild spricht
für abhängige
Beschäftigung